

16**80**

Union in Deutschland

Bonn, den 30. April 1980

Nach der Saar-Wahl

CDU/FDP-Koalition wird fortgesetzt

Vor dem Bundesvorstand dankte Helmut Kohl dem Ministerpräsidenten des Saarlandes, Werner Zeyer, und der CDU an der Saar für den eindrucksvollen Wahlkampf. Er würdigte die Leistung des erst seit zehn Monaten amtierenden Ministerpräsidenten, der in einem aufgrund struktureller Probleme schwierigen Land in kurzer Zeit Profil für die Union gewonnen habe.

Helmut Kohl: Die CDU an der Saar und mit ihr die CDU Deutschlands hat gut gekämpft, sie hat es verstanden, unsere Anhänger und Freunde in einem hohen Maße zu mobilisieren. Dennoch ist das Wahlergebnis hinter unseren Wünschen und Hoffnungen deutlich zurückgeblieben. Wenn auch die CDU Saar nun nicht mehr stärkste Partei ist, so hat sie ihr wichtigstes Wahlziel erreicht: Das Wahlergebnis liefert die Grundlage für eine Fortsetzung der erfolgreichen Zusammenarbeit von CDU und FDP im Regierungsbündnis.

Für die bevorstehende Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen bedeutet das Ergebnis an der Saar eine besondere Herausforderung. Wir werden dort hart und entschieden um die liberalen Wähler kämpfen und dabei den Wahlkampf in einem Stil führen,

(Weiter auf Seite 2)

■ WAHLEN

**Vorläufiges amtliches End-
ergebnis der Saarwahl /
Einzelergebnisse /
Ergebnisse und Sitzverteilung
seit 1947** Seite 3

■ CDU NRW

**Geschlossen hinter
Kurt Biedenkopf** Seite 5

■ CDU NIEDERSACHSEN

**Mit Zuversicht und Optimis-
mus in die Zukunft** Seite 11

■ CDU HESSEN

**Alfred Dregger appelliert
an die Sportler** Seite 12

■ CDU BREMEN

**Die Hansestadt wird immer
mehr zu einem Eldorado
für die Linken** Seite 13

■ BUNDESPARTEI

Neue Spendenrichtlinien Seite 15

■ DOKUMENTATION

**Wir dürfen die Flagge vor
Moskau nicht senken**
grüner Teil

■ ÖFFENTLICH- KEITSARBEIT

**Informations- und Werbe-
mittel der Bundes-
geschäftsstelle** rosa Teil

(Fortsetzung von Seite 1)

der dem Andenken an Heinrich Köppler gerecht wird.

Im außenpolitischen Teil seines Lageberichtes warnte Helmut Kohl davor, angesichts des fehlgeschlagenen Befreiungsversuches der völkerrechtswidrig in Teheran gefangengehaltenen Geiseln in den Chor der Kritiker der amerikanischen Politik einzustimmen: Die Vereinigten Staaten und der amerikanische Präsident benötigen in dieser schwierigen Lage die Solidarität ihrer Freunde und Verbündeten in besonderer Weise. Die Europäer haben in den letzten Jahrzehnten die Solidarität der Vereinigten Staaten und ihre Sicherheitsgarantien als selbstverständlich betrachtet. Heute hat das amerikanische Volk einen selbstverständlichen Anspruch auf unsere Unterstützung.

Sowjetunion will von Afghanistan ablenken

Aus der antiamerikanischen Kritik erwächst eine gefährliche Irritation. Es darf nicht vergessen werden, daß die Geiselnahme im Iran ohne die stillschweigende Duldung oder sogar Billigung der Sowjetunion längst glücklich gelöst wäre. Die ernststen Schwierigkeiten zwischen den Vereinigten Staaten und dem Iran bieten der Sowjetunion eine wirkungsvolle Handhabe, von ihrem militärischen Überfall auf Afghanistan und von der brutalen Unterdrückung des afghanischen Volkes durch die Rote Armee abzulenken.

Helmut Kohl begrüßte die gemeinsame Empfehlung der Bundesregierung und des Deutschen Bundestages, wegen der anhaltenden sowjetischen Besetzung Afghanistans auf die Teilnahme von Sportlern an den Olympischen Spielen in Moskau zu verzichten.

Erst nach einem Vierteljahr des Hinhalten und Lavierens ist die Bundesregierung endlich auf die Linie eingeschwenkt, die die Christlich Demokratische Union seit dem 21. Januar 1980 mit Entschlossenheit vertreten hat. Durch diese Verzögerungstaktik wurde den deutschen Interessen geschadet und dem amerikanischen Bündnispartner in Monaten schwerster politischer Belastung die erforderliche Unterstützung versagt.

Die Christlich Demokratische Union hat großes Verständnis für die betroffenen Sportler und ebenso Respekt vor ihrem Wunsch, nach jahrelangen intensiven Vorbereitungen an den Olympischen Spielen teilzunehmen. Wir wissen, daß wir den Aktiven ein großes Opfer auferlegen.

Nein-Stimmen der SPD nur Spitze des Eisberges

Der CDU-Vorsitzende kritisierte das Abstimmungsverhalten einer Reihe von SPD-Abgeordneten. Auch diese Empfehlung der Bundesregierung wird nicht von allen Abgeordneten der Koalitionsfraktionen getragen. Wie auch bei anderen wichtigen Entscheidungen des Parlaments kam eine Mehrheit nur mit Hilfe der Opposition zustande. Ein Teil der SPD-Fraktion ist bereits eifrig bemüht, diese Empfehlung des Deutschen Bundestages in Frage zu stellen. Die 17 Abgeordneten, die der Entschließung ihre Stimme verweigerten, sind nur die Spitze des Eisberges der verhängnisvollen Entwicklung in der SPD.

Wenn der Druck der Koalitionsfrage nicht bestanden hätte, wäre ihre Zahl größer gewesen (vgl. auch Dokumentation in dieser Ausgabe).

WAHLEN IM SAARLAND

Vorläufiges amtliches Endergebnis der Wahl zum Saarländischen Landtag am 27. April 1980

	Landtags- wahl 1980	Landtags- wahl 1975	Bundestags- wahl 1976	Europa- wahl 1979
Wahlberechtigte:	826 158	803 669	811 322	823 322
Beteiligung in %:	85,0	88,8	92,9	81,1
Abgegebene gültige Stimmen:	694 720	706 238	746 315	646 668
	Stimmen %	Stimmen %	%	%
CDU	305 536 44,0	347 094 49,1	46,2	46,4
SPD	315 457 45,4	295 406 41,8	46,1	44,0
FDP	47 975 6,9	52 100 7,4	6,6	5,8
Grüne	19 945 2,9	—	—	2,4
DKP	3 702 0,5	6 864 1,0	0,5	0,9
NPD	—	4 774 0,7	0,4	—
CSWU	2 105 0,3	—	—	—
Sonstige	—	—	0,1	0,7

Einzelergebnisse

Ergebnisse der Landtagswahlen 1980 und 1975, der Bundestagswahl 1976 (Zweitstimmen) und der Europawahl 1979 nach Landtagswahlkreisen:

Wahl ¹⁾ Wahl- jahr	Wahl- beteiligung in %	Von den gültigen Stimmen entfielen (in %) auf						
		CDU	SPD	FDP	Grüne	DKP	NPD	Sonstige
Landtagswahlkreis Saarbrücken								
L 80	83,0	40,6	47,1	8,5	2,9	0,7	—	0,3 (CSWU)
L 75	86,5	45,8	43,0	9,2	—	1,2	0,8	—
B 76	91,2	43,1	47,6	8,1	—	0,7	0,5	0,1
E 79	77,3	43,1	46,0	7,0	2,3	1,0	—	—
Landtagswahlkreis Saarlouis								
L 80	85,9	47,4	42,5	6,3	3,1	0,3	—	0,3 (CSWU)
L 75	90,2	53,8	38,4	6,5	—	0,7	0,6	—
B 76	93,8	50,3	43,1	5,7	—	0,4	0,4	0,1
E 79	83,2	50,1	40,5	5,5	2,5	0,6	—	—
Landtagswahlkreis Neunkirchen								
L 80	86,3	44,4	46,1	6,0	2,7	0,6	—	0,3 (CSWU)
L 75	90,1	48,7	43,4	6,4	—	0,9	0,6	—
B 76	93,9	46,0	47,0	5,9	—	0,5	0,4	0,1
E 79	83,1	46,3	45,0	5,0	1,9	0,9	—	—

¹⁾ L 80 = Landtagswahl 1980; L 75 = Landtagswahl 1975; B 76 = Bundestagswahl 1976; E 79 = Europawahl 1979.

Ergebnisse der Landtagswahlen seit 1947

Bei den acht Landtagswahlen seit 1945 — am 5. Oktober 1947, 30. November 1952, 18. Dezember 1955, 4. Dezember 1960, 27. Juni 1965, 14. Juni 1970, 4. Mai 1975 und 27. April 1980 — konnten die kandidierenden Parteien folgende prozentuale Anteile an den abgegebenen gültigen Stimmen erzielen:

Partei	1947	1952	1955	1960	1965	1970	1975	1980
CDU	—	—	25,4	36,6	42,7	47,8	49,1	44,0
CVP	51,2	54,7	21,8	—	—	—	—	—
SPD	—	—	14,3	30,0	40,7	40,8	41,8	45,4
SPS	32,8	32,4	5,8	—	—	—	—	—
FDP/DPS	7,6	—	24,2	13,8	8,3	4,4	7,4	6,9
Grüne	—	—	—	—	—	—	—	2,9
DKP	—	—	—	—	—	2,7	1,0	0,5
KP	8,4	9,5	6,6	—	—	—	—	—
NPD	—	—	—	—	—	—	—	—
DDU	—	—	—	5,0	3,1	—	—	—
SVP	—	—	—	11,4	—	—	—	—
SVP/CVP	—	—	—	—	5,2	0,9	—	—
Sonstige	—	3,4	1,9	3,2	—	—	—	—
CSWU	—	—	—	—	—	—	—	0,3

Die Abkürzungen bedeuten:

CVP	—	Christliche Volkspartei
SPS	—	Sozialdemokratische Partei Saar
DPS	—	Demokratische Partei Saar
KP	—	Kommunistische Partei (Saar)
DDU	—	Deutsche Demokratische Union
SVP	—	Saarländische Volkspartei
SVP/CVP	—	Saarländische Volkspartei/Christliche Volkspartei
CSWU	—	Christlich Soziale Wähler-Union

Sitzverteilung in den Landtagen seit 1947

Die Sitze in den acht Landtagen verteilen sich auf die Parteien wie folgt (Angaben jeweils zu Beginn einer Legislaturperiode):

Partei	1947	1952	1955	1960	1965	1970	1975	1980
CDU	—	—	14	19	23	27	25	23
CVP	28	29	13	—	—	—	—	—
SPD	—	—	7	16	21	23	22	24
SPS	17	17	2	—	—	—	—	—
FDP/DPS	3	—	12	7	4	—	3	4
Grüne	—	—	—	—	—	—	—	—
KP	2	4	2	—	—	—	—	—
DDU	—	—	—	2	—	—	—	—
SVP	—	—	—	6	—	—	—	—
SVP/CVP	—	—	—	—	2	—	—	—
Landtag	50	50	50	50	50	50	50	51

Endspurt in Nordrhein-Westfalen: Geschlossen hinter Biedenkopf

Nach dem Tode von Heinrich Köppler hat sich die nordrhein-westfälische CDU in demonstrativer Geschlossenheit hinter ihren neuen Spitzenkandidaten Kurt H. Biedenkopf formiert, um in der Landtagswahl am 11. Mai das seit 14 Jahren regierende Bündnis von SPD und FDP abzulösen.

Mit fast 97 Prozent der knapp 300 Delegiertenstimmen wurde Kurt H. Biedenkopf auf einer außerordentlichen Landesversammlung in Düsseldorf zum gemeinsamen Präsidiumsvorsitzenden und damit zum Ministerpräsidenten-Kandidaten gewählt.

An seine Seite stellte die Partei den früheren Arbeits- und Sozialminister Konrad Grundmann, der seit der Erkrankung Köpplers bis zur Neuwahl im Herbst die rheinische CDU kommissarisch führt. Er erhielt ebenfalls knapp 97 Prozent der Stimmen.

Am Ende einer programmatischen und von langem Beifall bedachten Rede forderte Kurt H. Biedenkopf seinen Gegner, Ministerpräsident Johannes Rau, auf, sich im Wahlkampf der eigentlich anstehenden Entscheidung zu stellen und nicht länger hinter Bundeskanzler Helmut Schmidt und der Weltpolitik zu „verstecken“. In der Landtagswahl gehe es um das Schicksal und die Zukunft Nordrhein-Westfalens und nicht um den Bund. Der Wähler habe Anspruch darauf, daß seine Stimme nicht vergeudet werde für eine Entscheidung, die erst am 5. Oktober mit der Bundestagswahl anstehe.

In seiner wiederholt auf Positionen der „Kölner Leitsätze“ und des „Ahlener Programms“ von 1945 und 1947 bezogenen Rede hob Biedenkopf Schwerpunkte des von Heinrich Köppler vorgegebenen Wahlprogramms hervor: dem Land solle eine Regierung gegeben werden, die dem Bürger diene, sich den Zukunftsaufgaben stelle, der Bevölkerung auch schmerzhaft empfundene Wahrheiten sage und deren erster Mann dem Ministerpräsidentenamt wieder Würde und Ansehen verleihe.

Biedenkopf nannte weiter die Steigerung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und den Auftrag, die Vollbeschäftigung zu sichern. In der Energiepolitik werde die CDU dem Taktieren der SPD/FDP-Landesregierung, die „aus panischer Angst vor den Grünen“ weitere Kernkraftwerke verhindere, ein Ende setzen. Hier gelte wie für die Finanzpolitik, daß nicht die Unfähigkeit zum Handeln mit Wechseln auf die Zukunft der nächsten Generationen bezahlt werden dürfe.

Für den Bildungssektor versprach Biedenkopf eine Kurskorrektur, damit die Eltern nicht länger gezwungen seien, gegen eine „ideologische, ihre Kinder verfremdende Schulpolitik“ auf die Straße zu gehen. Eine CDU-Regierung werde nicht zulassen, daß die Familie durch das Wegnehmen von Entscheidungen zerstört werde. Sozialpolitik bedeute Hilfe für den wirklich Bedürftigen. Weiter werde ein Kabinett Biedenkopf die öffentlichen Finanzen wieder in Ordnung bringen.

Ergebnisse der letzten Landtagswahlen in den Bundesländern

Land	letzte Wahl	Ergebnisse (in Prozent)							nächste Wahl
		CDU	SPD	FDP	NPD	DKP	Sonst.	Grüne	
West-Berlin	18. 3. 1979	44,4	42,7	8,1	—	1,1 ⁴⁾	0,1	3,7 ³⁾	1983
Baden-Württemberg	16. 3. 1980	53,4	32,5	8,3	0,1	0,3	—	5,3	1984
Bayern	15. 10. 1978	59,1 ¹⁾	31,4	6,2	0,6	0,3	0,6	1,8 ⁸⁾	1982
Bremen	7. 10. 1979	31,9	49,4	10,8	0,4	0,8	0,2	6,5 ⁷⁾	1983
Hamburg	4. 6. 1978	37,6	51,5	4,8	0,3	1,0	—	4,5 ⁵⁾	1982
Hessen	8. 10. 1978	46,0	44,3	6,6	0,4	0,4	0,3	2,0	1982
Niedersachsen	4. 6. 1978	48,7	42,2	4,2	0,4	0,3	0,3	3,9	1982
Nordrhein-Westfalen	4. 5. 1975	47,1	45,1	6,7	0,4	0,5	0,2	—	1980
Rheinland-Pfalz	18. 3. 1979	50,1	42,3	6,4	0,7	0,4	0,1	—	1983
Saarland	27. 4. 1980	44,0	45,4	6,9	—	0,5	0,3 ⁹⁾	2,9	1985
Schleswig-Holstein	29. 4. 1979	48,3	41,7	5,7	0,2	0,2	1,4 ⁶⁾	2,4	1983
Bundestag	3. 10. 1976	48,6 ²⁾	42,6	7,9	0,3	0,3	0,1	—	1980

1) CSU, 2) CDU/CSU, 3) Alternative Liste, 4) SEW, 5) SSW, 6) GAZ/AUD, 7) Bremer Grüne Liste und Alternative Liste für Demokratie und Umweltschutz, 8) Grüne und Bunte Liste, 9) CSWU

INFORMATION

„Grüne“ wollen von SPD drei sichere Wahlkreise

Der Bundesvorstand der „Grünen“ hat sich jetzt in einer Erklärung für eine Beteiligung der Partei bei den Bundestagswahlen ausgesprochen. Ein entsprechender Entschluß müßte auf dem für Mitte Juni geplanten Wahlparteitag der „Grünen“ endgültig gefaßt werden. Diese Frage war nicht auf den Parteitag der Grünen in Karlsruhe und Saarbrücken entschieden worden. In den Kreis- und Landesverbänden der Grünen gab es dazu bisher unterschiedliche Meinungen.

Der Bundesvorstand der „Grünen“ teilte in der Erklärung nun mit, es gebe keinen Grund, auf eine Wahlteilnahme zu verzichten, da „keine der etablierten Parteien ernsthaft bereit ist, auf Umweltzerstörung, Ausbau der Atomindu-

strie und Aufrüstung, auf Reformstopp und Berufsverbotspolitik zu verzichten“. In ihrer Erklärung fordern die „Grünen“ die SPD auf, in drei „sicheren“ SPD-Wahlkreisen auf eigene Kandidaten zu verzichten und zur Wahl für die „Grünen“ aufzurufen. In diesem Falle wären die Grünen nicht auf ein Überwinden der von ihnen als undemokratisch bezeichneten Fünf-Prozent-Klausel angewiesen.

Mäßige Parlamentsarbeit in Bremen

„Sie verhalten sich eher obstruktiv als konstruktiv“, urteilt ein SPD-Abgeordneter der Bremer Bürgerschaft. Nach turbulentem Auftakt hätten sich die vier „Grünen“ im Parlament „ganz ordentlich angepaßt und die Spielregeln gelernt“, meint milde Bürgerschaftspräsi-

dent Dieter Klink (SPD). Bei der kürzlichen Debatte um den Haushalt der Wesermetropole forderten die Umweltschützer ohne weitere Erläuterungen Einsparungen von 150 Millionen DM, während die FDP-Opposition für den Vier-Milliarden-DM-Etat des Senats mühsam Kürzungsmöglichkeiten von knapp zehn Millionen DM ausgetüftelt hatte.

Bei den übrigen Debatten, bei denen sie ihre politische Position konkret hätten erläutern können, erschienen die „Grünen“ nur selten und meldeten sich so gut wie nie zu Wort. Bei den Abstimmungen steht im Protokoll der Bürgerschaft fast immer zu lesen: „Die ‚Grünen‘ nicht anwesend.“

Kampf für Mondscheintarif

Bayerns Wirtschaftsminister Anton Jaumann will weiter für den Mondscheintarif der Bundespost beim Telefonieren kämpfen, den es seit dem 1. April nicht mehr gibt. Jaumann erklärte, dieser Tarif sei für Millionen unentbehrlich geworden. Man könne nicht einfach diese „liebgewordene Gewohnheit“ mit der Begründung streichen, das Netz sei überlastet. „Das ist doch die Arroganz eines Monopolbetriebes“, meinte Jaumann. Der CSU-Politiker kündigte einen Appell an Bundeskanzler Helmut Schmidt, die Abgeordneten des Bundestages und die Ländervertreter im Bundesrat an. Wenn dies nicht fruchte, werde über den Bundesrat ein Gesetzesentwurf eingebracht, der den Spielraum der Bundespost einengen solle.

CDU-Wirtschaftsprogramm aktueller denn je

Zum Frühjahrsgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute erklärte der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Wirtschaftspolitik der CDU, Elmar

Pieroth, MdB: Das Frühjahrsgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute zeigt, daß die Zielprojektion der Bundesregierung nicht zu halten ist. Bei der Preisentwicklung und der Leistungsbilanz besteht eine tiefe Kluft zwischen Anspruch und Entwicklung. Bei Nachfrage und Produktion hält das Gutachten einen „Rückgang“ im Verlauf des Jahres für „wahrscheinlich“. Damit wachsen die Sorgen um den Arbeitsmarkt. Schuldenpolitik und Versäumnisse der Bundesregierung kulminieren zu einem ungünstigen Zeitpunkt: Aus einer verschleppten Erkältung droht eine echte Erkrankung zu werden.

Vordringlich sind ein Abbau der Staatsverschuldung, Erhalt der Investitionsdynamik und eine Verbesserung der Eigenkapitalfinanzierung. Die Vorschläge im Wirtschaftsprogramm der CDU sind aktueller denn je.

Verharmloste Haushaltsprobleme

Zum Jahresbericht 1979 der Bundesbank erklärt der finanzpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Abgeordneter Dr. Hansjörg Häfele: Die Bundesbank bestätigt in ihrem Jahresbericht 1979 die seit langem von CDU und CSU geübte Kritik an der Haushaltspolitik der Bundesregierung, daß es im letzten Jahr versäumt wurde, die günstige Wirtschaftsentwicklung zu einer Verringerung des staatlichen Defizits zu nutzen. Jetzt stehen wir vor besorgniserregenden Haushaltsdefiziten, vor sprunghaft anwachsenden Leistungsbilanzdefiziten und vor einer sich verschärfenden Inflation mit massiven Zinssteigerungen.

Die absehbaren Haushaltsbelastungen zwingen den Finanzminister schon beim Nachtragshaushalt 1980 zu einschnei-

denden Maßnahmen. Das ist aber nur der Anfang, weil die eigentlichen großen Probleme erst beim Bundeshaushalt 1981 auftreten werden. Schon die Deckungslücke von 27 Mrd. DM für 1981 nach dem bisherigen Finanzplan, der die erkennbaren zusätzlichen Ausgaben und das Steuerpaket nicht berücksichtigt und deshalb längst überholt ist, ist nicht vertretbar. Der Bundesfinanzminister verharmlost wegen der bevorstehenden Wahltermine die schweren Haushaltsprobleme, vor denen wir stehen, und will die Wähler, wie bei der Rententäuschung vor der letzten Bundestagswahl im Jahre 1976, über den wahren Zustand der Bundesfinanzen im unklaren lassen.

JU sammelte 180 000 Unterschriften

Die Junge Union hat in den letzten Wochen 180 000 Unterschriften gesammelt, in denen sich junge Bundesbürger für eine Nichtteilnahme an den Olympischen Spielen in Moskau aussprechen. Der Bundesvorsitzende, Matthias Wissmann, MdB, überreichte die Unterschriften dem Präsidialmitglied des NOK und Vizepräsidenten der Deutschen Sporthilfe, Eberhard von Brauchitsch, und wies darauf hin, daß sich dieser Aktion auch eine große Anzahl von aktiven und ehemaligen Leistungssportlern angeschlossen hat, wie Peter Hussing, Arno Ehret, Reinhard Lange, Manfred Schnellendorfer, Manfred Omer, Ute und Klaus Richter, Michael Sauer und Monika Stütze.

Diskussion um Familienpolitik

Im Mittelpunkt eines Gespräches, das auf Einladung der Hauptabteilung Politik der CDU-Bundesgeschäftsstelle zwi-

schen Vertretern von Familien- und Frauenverbänden und Bundestagsabgeordneten der CDU im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn stattfand, standen Fragen des Familienlastenausgleichs unter besonderer Berücksichtigung der aktuellen steuerpolitischen Diskussion sowie Fragen der Rentenreform 1984.

Es diskutierten die Bundestagsabgeordneten Heinz Franke, Erna-Maria Geier, Hermann Kroll-Schlüter und Roswitha Verhülsdonk mit Vertretern der Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Familienfragen, des Familienbundes der Deutschen Katholiken, des Deutschen Familienverbandes, des Deutschen Kinderschutzbundes, des Bundeselternrates, des Katholischen Deutschen Frauenbundes, des Deutschen Frauenringes und des Verbandes alleinstehender Mütter und Väter. Es wurde vereinbart, die Gespräche fortzusetzen.

Alternativenergie im Straßenverkehr

Der Deutsche Bundestag hat auf Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Bundesregierung aufgefordert, bis zum 1. November 1980 einen Bericht über die Beförderungsmöglichkeiten von Elektrofahrzeugen vorzulegen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion geht davon aus, daß in diesem Bericht deutlicher, als dies in der Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der CDU/CSU geschehen ist, die Einsatzmöglichkeiten von Elektrofahrzeugen untersucht werden. U. a. strebt die Union verbindliche Aussagen der einschlägigen Fahrzeugindustrie über die serienmäßigen Fertigungsmöglichkeiten von Elektrofahrzeugen und deren Preis in Abhängigkeit von der Stückzahl, bezogen auf einen Zeitraum von etwa zehn Jahren an.

■ KOALITION

Schmidts Wahlhelfer predigen Antiamerikanismus

Vier Schriftsteller, an der Spitze Günter Grass, hatten in einem Brief an den Bundeskanzler Distanz von der amerikanischen Politik gefordert. Sie rieten der Bundesregierung zu einer Schaukelpolitik zwischen West und Ost. Regierungssprecher Bölling wies den Brief zwar zurück, als Grass sich aber dann doch — mit einem Seitenhieb auf Böllings angeblich zu „flapsige“ Formulierungen — zu Schmidt als SPD-Wahlhelfer bekannte, wagte der ohnmächtige Kanzler wegen der offen bekundeten Sympathien von Willy Brandt und Egon Bahr für den Anti-Amerika-Kurs des Günter Grass nicht, diesem die verdiente Abfuhr und Zurechtweisung zu erteilen. Das tat dann schließlich im Namen der CDU/CSU der MdB Olaf von Wrangel mit einem „offenen Brief“ an Günter Grass, in dem es u. a. heißt:

Sie meinen, die Bundesregierung davor warnen zu müssen, sich von der amerikanischen Regierung in eine Politik hineinziehen zu lassen, die die Zerstörung allen Lebens auf diesem Planeten zur Folge haben könnte. Mit dieser ungeheuerlichen Anschuldigung stellen Sie die Dinge schlicht und einfach auf den Kopf, indem Sie mit dialektischer Akrobatik Ursache und Wirkung vertauschen.

Dieses Täuschungsmanöver wird durch die Tatsachen entlarvt: Nicht die USA haben, die Sowjetunion hat das blockfreie Afghanistan überfallen. Nicht die

USA haben, sondern die Sowjetunion hat — gemeinsam mit Kuba und der DDR als Helfershelfer — durch blutige militärische Aktionen zahlreichen afrikanischen Staaten eine sozialistische Diktatur aufgezwungen. Nicht das westliche Bündnis, sondern die Sowjetunion hat hinter dem Tarnschleier von Entspannungsparolen und Abrüstungsgerecke eine maßlose Hochrüstungspolitik betrieben, die das Kräftegleichgewicht bedenklich destabilisiert und die weltweiten Abrüstungsbemühungen schwer beeinträchtigt.

Es ist leicht, den Anspruch zu erheben, daß alle Politik auch vor strengen moralischen Maßstäben zu bestehen habe, aber es wird immer schwieriger sein, diesen hohen Anspruch in der Realität ohne Rest einzulösen. Die Verstrickungen der USA in den Vietnam-Konflikt waren für den damaligen Präsidenten Kennedy eine Antwort auf die kommunistische Herausforderung. Es ist selbstverständlich Ihr gutes Recht, dieses Engagement aus Ihrer Sicht zu kritisieren.

Ganz besonders bestürzen muß dabei Ihre konsequente Einseitigkeit. Wo bleibt etwa Ihre moralische Entrüstung über das grausame Flüchtlingselend, das die Kommunisten in Südostasien zu verantworten haben? Und seit wann spätestens hat die Sowjetunion in Ihren Augen jedes Recht auf moralische Appelle verloren? Seit der Unterwerfung der baltischen Staaten als Folge des Hitler-Stalin-Paktes und der osteuropäischen Staaten nach 1945, seit dem 17. Juni, seit dem Aufstand in Ungarn 1956, seit dem Einmarsch in die CSSR 1968, seit Afghanistan oder seit wann?

Doch in dieser Richtung scheint Ihre moralische Sensibilität unterentwickelt zu sein. Opportunismus gegenüber der Sowjetunion, verbunden mit Nachgiebigkeit und Demutsgebärden, galt seit

einem Jahrzehnt als das gepriesene Patentrezept, um den Frieden sicher zu machen. Als Ergebnis dieser Politik ist der Friede heute unsicherer denn je. Wer diese Konsequenz nicht zur Kenntnis nimmt, leidet an einem akuten Realitätsverlust.

Baum hat Behörden verunsichert

Mit der aktuellen Diskussion über die Amtshilfe zwischen den Sicherheitsbehörden hat sich auch der Innenausschuß des Bundestags befaßt. Die CDU/CSU-Fraktionsmitglieder versuchten vergeblich, im Ausschuß eine Entschliebung durchzubringen, in der Bundesinnenminister Gerhart Baum wegen seiner Haltung zum Problem der Amtshilfe scharf kritisiert wird.

In dem Entschliebungsantrag, der von der SPD/FDP-Mehrheit abgelehnt, von der Oppositionsfraktion aber dennoch veröffentlicht wurde, heißt es, Baum habe nach zwei Jahren der „intensiven Verunsicherung der Sicherheitsbehörden über den Umfang zulässiger Amtshilfe“ noch immer in wesentlichen Fragen keine Entscheidung getroffen, sondern lediglich künftige Entscheidungen oder Vorschläge dazu angekündigt. Außerdem wird dem Bundesinnenminister vorgeworfen, er habe das Ergebnis der Gutachten über die Amtshilfe des Bundesgrenzschutzes für Verfassungsschutz und Bundesnachrichtendienst nicht wie zugesagt zunächst dem Bundestag zugeleitet und mit den Innenministern der Länder abgestimmt, sondern es zuerst an die Öffentlichkeit gegeben.

Getarnte Kommunisten in der SPD

Der Sozialistische Hochschulbund (SHB) hat mit seiner Rechtfertigung des

Einmarsches sowjetischer Truppen in Afghanistan erneut dokumentiert, daß er politisch nahezu identisch mit dem DKP-frommen Marxistischen Studentenbund (MSB Spartakus) und der DKP selbst ist. In einer „Analytischen Betrachtung“ mit dem Titel „Zur Einschätzung der Lage in Afghanistan“ erklärt der SHB-Bundesvorstand u. a.:

„Als Sozialisten gehen wir davon aus, daß sich die Sowjetunion auch in diesem Fall von den Prinzipien der friedlichen Koexistenz und der internationalen Solidarität leiten lassen, wie bei Konflikten in anderen Ländern auch (z. B. Indochina, südliches Afrika) . . ., daß die UdSSR ihre militärischen Machtmittel nicht leichtfertig einsetzt (und dies auch in ihrer Geschichte nie getan hat), . . ., daß ihr Eingreifen unverzichtbar geworden war zur Fortführung der Revolution in Afghanistan und zum Zurückdrängen sehr gefährlich gewordener reaktionärer Tendenzen.“

Der SHB spielt faktisch die Rolle einer Tarnorganisation der DKP. Über die Möglichkeit der Doppelmitgliedschaft in SHB und SPD öffnen die Sozialdemokraten Kommunisten ein breites Feld für deren Agitation. Die Glaubwürdigkeit der SPD steht zur Debatte.

SPD contra SPD: Spaltung beginnt

Konrad Gilges, SPD-Direktkandidat in Köln für den 9. Deutschen Bundestag und ehemals hoher Funktionär der Sozialistischen Jugend „Die Falken“, zeigte, was die nächste Bundestagsfraktion von den „neuen Linken“ erwarten darf. Gilges verwahrte sich massiv dagegen, im nordrhein-westfälischen Landtagswahlkampf zu agieren. Gilges wörtlich: „Ich lasse mich doch nicht für diese Regierung verheizen.“

■ CDU IN NIEDERSACHSEN

Mit Selbstvertrauen und Optimismus in die Zukunft

Im Mittelpunkt des Parteitages der CDU Niedersachsen in Hannover stand die Neuwahl des Landesvorstandes. Mit 465 Ja-Stimmen, bei 11 Nein-Stimmen und 15 Enthaltungen, erzielte Wilfried Hasselmann ein hervorragendes Ergebnis und damit gleichzeitig einen überwältigenden Vertrauensbeweis.

Zu stellvertretenden Landesvorsitzenden wählten die über 500 Delegierten Sozialminister Hermann Schnipkoweit (437 Stimmen), Frau Benedix-Engler (424) und Rudolf Seiters (416). Schatzmeister Philipp von Bismarck, der den Delegierten einen gesunden Kassenstand offerierte, erhielt 451 Stimmen.

Im Verlaufe des straff und rationell durchgeführten Parteitages diskutierten und verabschiedeten die Delegierten nicht weniger als 46 Anträge.

In seinem Rechenschaftsbericht rief Wilfried Hasselmann die Partei auf, mit aller Kraft für die Wende in Bonn zu kämpfen. Unter dem großen Beifall des Parteitages stellte er fest: Solidarität ist für die CDU Niedersachsen kein Fremdwort. Wir werden dafür sorgen, daß die jetzige Bundesregierung in Bonn am 5. Oktober abgelöst wird.

Im Gegensatz zu den Versprechungen von Brandt und Schmidt sei der Frieden in der Welt nicht sicherer geworden, vielmehr sei die Zeit von wachsender

Sorge und Ungewißheit geprägt. Hasselmann erklärte dazu: „Es kann unsere Aufgabe nicht sein, in Mutlosigkeit zu versinken. Vielmehr gilt es, die Ärmel aufzukrempeln und Vertrauen in die Zukunft zu haben.“

Vertrauen und Selbstbewußtsein habe die CDU, und sie verfüge auch über die solideren Fundamente, weil sie verläßlich sei. Hasselmann bekannte sich eindeutig zur Solidarität mit den USA. „Unsere Freiheit ist uns mehr wert als per-sisches Öl“, stellte er fest.

Den Freien Demokraten riet der Landesvorsitzende, einmal darüber nachzudenken, ob sie in der Außen- oder Wirtschaftspolitik nicht der Union näher stünden als den Sozialdemokraten. „Unser Ziel muß es sein, mehrheits- und koalitionsfähig zu bleiben. Niemand sollte glauben, erfolgreich eine Politik betreiben zu können, an deren Ende die CDU wieder allein dasteht und alle anderen politischen Kräfte gegen sich hat.“

Aus diesem Grunde lehnten die Delegierten auch einen vom Landesverband Braunschweig eingebrachten Antrag auf Einführung der 5 %-Klausel in den Kommunen ab. Der SPD widmete der Landesvorsitzende nur ein kurzes Wort, in dem er feststellte, daß sie unfähig sei, die Probleme des Landes zu erkennen und zu meistern. Ihrem Spitzenkandidaten Karl Ravens könne man den menschlichen Respekt nicht versagen,

aber der Auseinandersetzung mit Ernst Albrecht sei er nicht gewachsen.

Der Ministerpräsident selbst steckte in seinem bemerkenswerten Referat die Ziele bis zum Ende der Legislaturperiode 1982 ab. Als Schwerpunkte nannte er: Keinen Unterrichtsausfall mehr an den Gymnasien, Lösung der Umweltprobleme im Harz durch Beseitigung des bleihaltigen Staubes, Sicherung der Arbeitsplätze in Niedersachsen und damit verbunden ein klares Ja zur Kernenergie sowie einer gesicherten Entsorgung, Stützung der Familien sowohl mit Beihilfen zur Familiengründung wie im Bedarfsfall auch für Lernmittel, mehr Hilfen für Behinderte und ältere Leute.

Der niedersächsische Spitzenkandidat für die bevorstehende Bundestagswahl, Finanzminister Walther Leisler Kiep, rief

zu einem Kurswechsel in den 80er Jahren auf. „Es muß uns jetzt gelingen, eine konservativ-liberale Mehrheit in der Bevölkerung auch in eine konservativ-liberale Regierung umzusetzen“, erklärte er. Gemeinsam mit Franz Josef Strauß werde die CDU in Niedersachsen für eine Wende in der deutschen Politik kämpfen. Hinter Helmut Schmidt stünden Wehner, Brandt, Bahr und Schroeder als zweite Riege, für die Helmut Schmidt lediglich als Machterhalter fungiere. Um den notwendigen politischen Wechsel in Bonn zu erreichen, genüge es nicht, aus 100%igen CDU-Anhängern 150%ige zu machen, sondern die Zweifelnden müßten gewonnen werden, z.B. die Problemgruppen. Dazu bedarf es — so Leisler Kiep — einer glaubwürdigen Politik, Selbstvertrauen und Optimismus.

■ CDU HESSEN

Dregger appellierte an die Sportler

Der langjährige Vorsitzende der CDU Hessen, Alfred Dregger, ist von den Delegierten des 51. Parteitages am Samstag, 26. 4. 1980, in Limburg zum 4. Mal mit einem Traumergebnis von 433 der 436 Delegiertenstimmen zum Spitzenkandidaten zur Bundestagswahl 1980 gewählt worden.

Es gehe bei dieser Wahl um Deutschland, um das Überleben unseres Volkes in einer gefährlichen Welt, um eine lebenswerte, freie Zukunft für unsere Kinder und die Generation, die uns folgt, betonte der Landesvorsitzende in seiner mit viel Beifall aufgenommenen

Rede. Nach Meinung Dreggers sei die Jugend für die Union zu gewinnen, wenn diese Haltung glaubhaft gelebt werde und die CDU die junge Generation „aus dem utopischen Nebel“ herausführe, in den sie von Utopisten, Schwätzern und Schönrednern der Koalition geführt wurde. Dazu bedarf es klarer, unmißverständlicher Aussagen, die nicht pessimistisch, aber realistisch sind, betonte Dregger.

Zur Spitzenmannschaft der hessischen CDU wählten die Delegierten auf Platz 2 der vom Parteitag verabschiedeten Landesliste den Vorsitzenden der hessischen Sozialausschüsse, MdB Otto

Zink (Rüsselsheim), gefolgt auf Platz 3 vom Medienexperten der CDU, Christian Schwarz-Schilling (Büdingen), auf Platz 4 rangiert die Gießener Bundestagsabgeordnete Erna-Maria Geier, auf Platz 5 MdB Lothar Haase aus Kassel.

Der Parteitag sicherte darüber hinaus zur personellen Verjüngung der Hessen CDU „vier junge Nachwuchspolitiker der Landtagsfraktion auf sicheren Listenplätzen ab: MdL Dieter Weirich (Eschwege) auf Platz 16, Friedrich Bohl (Marburg) Platz 17, Bernhard Jagoda (Schwalmstadt) Platz 18 und Hartmut Nassauer (Wolfhagen) auf Platz 21.

Eine Kampfabstimmung gab es um die Listenplätze 19 und 20. Der Vorschlag des Wahlvorbereitungsausschusses, der den 35 Jahre alten Klaus Lippold aus Offenbach auf Platz 19 vorgesehen hatte, wurde von den Delegierten korrigiert. Von 436 Delegierten stimmten 227 für einen Platzwechsel von Walter Picard (Odenwald) von Platz 20 auf Platz 19. Dr. Lippold konnte lediglich 201 Stimmen auf sich vereinigen und verlor somit den sicheren Listenplatz 19.

Resolution verabschiedet

Der Parteitag verließ wegen der aktuellen weltpolitischen Krisenlage die vorbereitete Tagesordnung und verabschiedete einstimmig eine Resolution an die Bundesregierung, in der sich die Delegierten „in großer Eindringlichkeit und ernster Sorge“ für unverzügliche Konsultationen zwischen den Regierungen der europäischen NATO-Partner und den Vereinigten Staaten von Amerika einsetzen. Nur ein einziges und miteinander abgestimmtes politisches Vorgehen könne eine wirkungsvolle Strategie der westlichen Welt zur Beherrschung der den Frieden bedrohenden

Konflikte gewährleisten, die von der Politik der Sowjetunion ausgehen. Eine solche Koordination der Politik im westlichen Bündnis entspreche dem Friedensinteresse aller Völker und sei daher unverzichtbar.

Solidarität mit Amerika

Der Parteitag stellte weiter fest: „Es gibt keine Alternative zur uneingeschränkten Solidarität Westeuropas mit den Vereinigten Staaten. Wer das enge Zusammenstehen mit den USA aufgibt oder in Frage stellt, erhöht die Unsicherheit in der Welt und wird damit zum fatalen Sicherheitsrisiko. Amerika und Europa müssen sich gerade in einer Zeit zuspitzender friedensbedrohender Weltkonflikte aufeinander verlassen können.“

Landesvorsitzender Alfred Dregger appellierte in diesem Zusammenhang auch an die Sportler der Bundesrepublik, der olympischen Idee treu zu bleiben und der Empfehlung des Bundestages zur Nichtteilnahme an den Sommerspielen in Moskau zu folgen und sich nicht von einem Aggressor zu einem Friedensfest einladen zu lassen. Die CDU erwartet vom Nationalen Olympischen Komitee, daß es einen entsprechenden Beschluß fasse, eine andere Verhaltensweise wäre nicht nur politisch töricht, sondern auch unmoralisch.

Viel Beifall spendete der Parteitag auch dem aus Baden-Württemberg angereisten Ministerpräsidenten Lothar Späth, der die Bundesregierung einer politischen Generalabrechnung unterzog. Späth sprach von einer Eskalation der Fehlleistungen von SPD und FDP, die einen Wahlsieg für die Union am 5. Oktober ermöglichen werde.

■ CDU BREMEN

Die Hansestadt wird immer mehr zu einem Eldorado für die Linken

Scharf verurteilt hat Bremens Oppositionschef Bernd Neumann auf dem ordentlichen Landesparteitag der CDU die ablehnende Haltung führender Bremer SPD-Funktionsträger und Jungsozialisten zur geplanten feierlichen Vereidigung von 1 700 Bundeswehrsoldaten am 6. Mai 1980 im Weser-Stadion im Beisein hoher NATO-Ehrengäste und Bundespräsident Karl Carstens.

Wer eine solche Veranstaltung — vor 25 Jahren unter SPD-Bürgermeister Wilhelm Kaisen noch eine Selbstverständlichkeit — als Säbelrasseln klassifiziere, betreibe Verleumdung, diffamiere die Bundeswehr wie ihre Soldaten und ihren für unsere Freiheit so wichtigen Auftrag. Neumann wörtlich: „Beschämend, peinlich, skandalös!“

Für das ansehenschädigende Trauerspiel trage die SPD nicht nur die volle Verantwortung, sie sei auch mitschuldig, wenn sie durch ihre verleumderischen Angriffe den Boden dafür aufbereite, daß die „bekannten Berufsdemonstranten und Chaoten der linken Szenerie“ (Neumann) im Weser-Stadion ein Spektakel inszenieren würden. Bei allem Hauen und Stechen ziehe sich Regierungschef Koschnick durch Auslandsreisen in vier verschiedene Länder in bekannter Manier (Neumann: „Wenn es brenzlig wird, ist Koschnick nicht da oder er kneift!“) auch gegenwärtig wie-

der aus der Affäre. Der Bürgermeister dieser Stadt nimmt seine Pflichten nicht wahr, ja, er vernachlässigt sie!“

Einmütig verabschiedeten die Delegierten einen entsprechenden Antrag, daß die CDU die Vereidigungszeremonie im Weser-Stadion ausdrücklich unterstützen werde.

Mit überwältigender Mehrheit bestätigte der Parteitag Bernd Neumann im Amt: Von 233 gültigen Stimmen erhielt der Landesvorsitzende 204 bei nur 18 Neinstimmen und 11 Enthaltungen. Das bedeuten 87,5 % für ihn; es ist das in Bremen höchste Ergebnis für einen Parteilandesvorsitzenden (zum Vergleich: FDP Lahmann kam auf 83, SPD Kunick gar nur auf 74 %). Hervorragend fielen auch die Wiederwahlergebnisse für den stellvertretenden Landesvorsitzenden und Bundestagsspitzenkandidaten Reinhard Metz sowie Schatzmeister Georg Abegg aus.

Zuvor hatte Neumann bedauert, daß Bremen unter der Verantwortung der SPD eine Entwicklung nehme zu einem „politischen Eldorado linker Experimente und Skandale“ auf Kosten der Steuerzahler. Eindrucksvolle Beispiele: Schulen, Universität und Volkshochschule.

Als letzte medienpolitische Horrormeldung aus Bremen kritisierte der CDU-Chef die SPD-Forderung nach einem Stadtteil-Hörfunk. Neumann wörtlich: „Während man sich gegenüber Ernst Albrecht künstlich darüber empört, daß unter Ausschöpfung moderner Techniken und unter Einbeziehung privater Träger den Bürgern zusätzliche Rundfunkprogramme angeboten werden können, ist man andererseits bereit, ein Radio Gröpelingen oder Walle zu installieren, weil man sich in diesen Stadtteilen seines politischen Einflusses sicher ist.“

Neu: Spendenrichtlinien

Der Bundesvorstand hat am 28. April 1980 den von Bundesschatzmeister und Bundesfinanzausschuß der CDU mit Wirkung vom 1. Januar 1980 beschlossenen neuen Spendenrichtlinien vollinhaltlich zugestimmt. Der Wortlaut:

1. Spenden und sonstige Zuwendungen an die Partei, auch über Amts- und Mandatsträger der Partei oder Wahlwerber, dienen der Unterstützung der Arbeit der Partei.

Spenden sind abzulehnen, wenn ersichtlich ist, daß der Spender persönliche Vorteile damit verfolgt.

2. Alle Spenden sind unter Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen einzunehmen und öffentlich zu verzeichnen (§§ 24, 25 PartG).

3. Spenden, die nicht unmittelbar dem Kreisverband, Landesverband oder der Bundespartei zugehen, sind unverzüglich dem Kreisverband, dem der Empfänger angehört, anzuzeigen und mit ihm abzurechnen.

Spendenquittungen dürfen nur ausstellen der Kreisverband, Landesverband und die Bundespartei. Alle übrigen Empfänger von Spenden, einschließlich Gemeinde- und Ortsverbände sowie Amts- und Mandatsträger und Wahlwerber, sind zur Ausstellung von Spendenbescheinigungen nicht berechtigt. Die steuerliche Abzugsfähigkeit von Spenden ist nur gewährleistet, wenn die Spendenquittungen von Kreisverband, Landesverband oder Bundespartei ausgestellt sind.

4. Spendenbescheinigung

4. Als Spendenbescheinigung dürfen ausschließlich die von der Bundesschatzmeisterei oder vom Landesver-

band ausgegebenen und durchnummerierten Vordrucke verwendet werden. (Spendenbescheinigungsmuster entsprechend Einkommensteuerrichtlinien.) In der Regel stellen die Kreisverbände (in Baden-Württemberg, Hannover und Rheinland-Pfalz auch die Bezirksverbände) die Spendenbescheinigungen aus. Sie sind zu unterschreiben vom Vorsitzenden, Schatzmeister, dessen Beauftragten oder dem Kreisgeschäftsführer.

Die Kreisverbände haben die Pflicht, die Durchschriften zu sammeln und entsprechend den steuerlichen Bestimmungen aufzubewahren. Auch unbrauchbar gewordene Spendenvordrucke sind zu sammeln und aufzubewahren.

Die Landesverbände werden sich in Stichproben von der Ordnungsmäßigkeit der Spendenverwaltung mindestens einmal im Jahr im Rahmen der Prüfung der Rechenschaftsberichte der Kreisverbände überzeugen.

5. Die Landesverbände können zur Durchführung dieser Richtlinien ergänzende Organisationsregelungen treffen.

*

§ 24 und § 25 des Parteiengesetzes

In § 24 (Rechenschaftsbericht) wird u. a. bestimmt, daß in der Einnahmerechnung (Abs. 2 Ziffer 4) Spenden gesondert auszuweisen sind.

§ 25 Benennung der Spender lautet:

Spenden an eine Partei oder einen oder mehrere ihrer Gebietsverbände, deren Gesamtwert in einem Kalenderjahr 20 000 Deutsche Mark übersteigt, sind unter Angabe des Namens und der Anschrift des Spenders sowie der Gesamthöhe der Spende im Rechenschaftsbericht zu verzeichnen.

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 C
GEBÜHR BEZAHLT

ZITAT

So war es vor zehn Jahren ...

Bonner Finanzexperten erinnern im Zusammenhang mit dem jetzigen Steuerpaket an Vorgänge vor den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und im Saarland am 14. Juni 1970, also vor 10 Jahren: Damals drehte sich die Diskussion um das sogenannte Steueränderungsgesetz 1970, durch das — wie in der Regierungserklärung des damaligen Bundeskanzlers Willy Brandt vom 28. Oktober 1969 angekündigt — der Arbeitnehmerfreibetrag bei der Lohnsteuer verdoppelt und die damals noch bevorstehende Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer für die Höherverdienenden abgebaut werden sollte. Gegen die Stimmen der CDU/CSU, die im Hinblick auf die Inflation vor Steuer-senkungen zu diesem Zeitpunkt warnte,

wurde der von der Regierung vorgelegte Gesetzentwurf noch am 5. Juni 1970 durch den Finanzausschuß des Bundestages gepeitscht.

Im Wahlkampf wurde der Opposition vorgeworfen, sie sei „preishysterisch“, „dramatisiere die Situation“ und wolle die Wähler um die Steuersenkung bringen.

Aber nur 5 Tage nach der Wahl, am 19. Juni 1970, zog die Regierung selbst durch Bundeswirtschaftsminister Schiller im Bundestag den Gesetzentwurf, durch den mit Wirkung ab 1. Juli 1970 die Steuern gesenkt werden sollten, zurück.

Das „Handelsblatt“ schrieb damals: „Die Regierung gab die Spekulation auf die Wählergunst mit einem beispiellosen Zynismus auf“. Und noch keine 3 Wochen später wurde dann statt der versprochenen Senkung der Steuer um 1,5 Mrd. DM für 1971 eine konjunkturpolitisch begründete Steuererhöhung (Steuervorauszahlung) mit einem Volumen von 5,2 Mrd. DM herbeigeführt.

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Tel. (0 22 21) 54 41. **Verlag:** Unions Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Tel. (0 22 21) 22 10 81. **Vertrieb:** Tel. (0 22 21) 5 44 - 3 04. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lüthje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. Abonnementspreis jährlich 40,- DM. Einzelpreis 1,- DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

Ud